

Bremer Innenbehörde plant Überwachung im Viertel: Sicher oder riskant?

Die Bremer Innenbehörde plant neue Kameras an Haltestellen im Viertel – Symbolpolitik oder notwendige Sicherheitsmaßnahme?

Videoüberwachung im Bremer Viertel: Eine umstrittene Maßnahme

Die Bremer Innenbehörde hat den Plan gefasst, auch die Straßenbahnhaltestellen im beliebten Viertel mit Kameras auszustatten. Dies wirft Fragen über Effektivität und Datenschutz auf.

Überwachung als Antwort auf Gewalt

Im Rahmen ihrer Bemühungen, die Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zu erhöhen, plant die Bremer Innenbehörde, Videoüberwachung an einem zentralen Abschnitt im Bremer Viertel einzuführen. Der Vorstoß wurde durch mehrere bedenkliche Vorfälle, darunter gewalttätige Angriffe in Bahnen und Bussen, ausgelöst. Im Wahlkampf der SPD wurde das Thema Überwachung der Haltestellen thematisiert und fand seinen Weg in den Koalitionsvertrag.

Datenlage und bestehende Risiken

Die Innenbehörde konzentriert sich insbesondere auf den Bereich der Haltestelle Brunnenstraße. In einer Analyse der

polizeilichen Kriminalitätsstatistik wurden hier überdurchschnittlich viele Straftaten verzeichnet. Interessanterweise ergab sich, dass die Mehrheit dieser Vorfälle nicht direkt an der Haltestelle stattfand, sondern in der weiteren Umgebung. Dies wirft die Frage auf, ob die Platzierung von Kameras an der Haltestelle tatsächlich zur Erhöhung der Sicherheit beiträgt.

Privatsphäre vs. Sicherheit

Die geplante Videoüberwachung findet nicht nur Befürworter. Kritiker führen an, dass die Maßnahme eine erhebliche Folge auf die Privatsphäre der Anwohner hat. Datenschutzexperten haben bereits Bedenken hinsichtlich der Überwachung auf der Breminale und in anderen Stadtteilen geäußert. Es wird argumentiert, dass statt in Technologie in der Sicherheit von Bürgern zu investieren, besser in die Stärkung der Zivilgesellschaft investiert werden sollte.

Symbolpolitik oder notwendige Maßnahme?

Wissenschaftler wie Kurt Mühler und Karsten Lauber haben auf den „eklatanten Widerspruch zwischen Sicherheitsversprechen und den bislang nachgewiesenen Effekten“ der Videoüberwachung hingewiesen. Sie klassifizieren diese Maßnahmen als Symbolpolitik, die möglicherweise mehr zur Beruhigung des Publikums dient als zur tatsächlichen Verbesserung der Sicherheit. Ein paar Kameras mögen den Anschein von Sicherheit erwecken, ob sie aber tatsächlich zur Vermeidung von Kriminalität beitragen, bleibt offen.

Das Geld besser investieren?

Experten argumentieren, dass die Mittel, die für die Installation der Kameras vorgesehen sind, sinnvoller in die Ausbildung von Personen im öffentlichen Nahverkehr investiert werden sollten. So könnte man die Zivilgesellschaft stärken und die

Unterstützung von Betroffenen im Ernstfall fördern. Rassismus und gesellschaftliche Vorurteile sind nach wie vor ein Problem, das nicht durch Kameras gelöst werden kann.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de